



76 KN - 297ME

An das Präsidium des Nationalrates  
der Republik Österreich, sowie  
an die Bundesregierung der  
Republik Österreich

Leoben, am 16.12.2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Anschluss darf ich Ihnen die Stellungnahme des Senats der Montanuniversität  
Leoben zu einigen beabsichtigten Änderungen des Familienlastenausgleichsgesetzes  
übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

o.Univ.Prof.Dr.Peter Kirschenhofer  
Vorsitzender des Senats  
der Montanuniversität Leoben

## **Stellungnahme des Senats der Montanuniversität Leoben zu den beabsichtigten Änderungen des Familienlastenausgleichsgesetzes**

Der Senat der Montanuniversität hat sich in seiner Sitzung vom 15.12.2010 mit den Entwürfen zur Neuregelung der Familienbeihilfe befasst und sieht in einigen bekanntgewordenen Punkten der „Abschleifungen“ noch immer gravierende Nachteile für die Studierenden der Montanuniversität Leoben:

### **- Die Erhöhung des Maximalalters für Studierende von Studienrichtungen mit einer Minstdauer von 10 Semester**

An der Montanuniversität sind hiervon lediglich 3 Studienrichtungen betroffen, davon sollen zwei noch in dieser Periode der Leistungsvereinbarung in das Bologna-System überführt werden, während die dritte schon seit Jahren nicht mehr existiert. Tatsache ist, dass für sämtliche von den Studienrichtungen der Montanuniversität überstrichene Gebiete in den meisten Fällen zur praktischen Berufsausübung schon wegen der Bestimmungen der Ingenieurkammer eine Studiendauer von 10 Semestern erforderlich ist, obwohl seit der Überleitung in das Bachelor- und Masterstudium diese Dauer nicht mehr als gesamtheitlich gezählt wird.

Der überwiegende Teil der Studierenden kommt daher nicht in den Genuß dieser „Abschleifung“, nach der Umstellung werden alle Studierenden von der nachteiligen Neuregelung betroffen sein.

### **- Die Nichterhöhung für Absolventen der BHS**

Potentielle Interessenten für die MINT-Fächer, und damit insbesondere der montanistischen Fächer sind hier überproportional betroffen, da diese häufig Absolventen einer berufsbildenden Höheren Schule sind.

### **- Nicht addierbare Ausnahmen**

Durch die Herabsetzung des maximalen Anspruchsalters werden hier bestimmte Gruppen von besonders unterstützungswürdigen Studierenden diskriminiert, da der Präsenzdienst und die längere Studiendauer nur eine Verlängerung bis zum Ende des 25. Lebensjahres bedeuten.

Daher ersuchen wir die Bundesregierung bzw. den Gesetzgeber dringend, die oben angeführten Punkte zu prüfen und eine entsprechende Änderung des Gesetzesentwurfs vorzunehmen, durch die insbesondere auch den Interessen der österreichischen Wirtschaft wesentlich gedient wäre.

Für den Senat der Montanuniversität:  
o.Univ.Prof.Dr. Peter Kirschenhofer e.h.  
Vorsitzender